

Scharfe Kritik an negativen Tendenzen

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) soll „verschlankt“ werden

Scharfe Kritik äußerten die Verbandsräte des Regionalen Planungsverbandes (RPV) Donau-Wald auf ihrer Versammlung am Dienstag im Landgasthof Reisinger in Sossau an augenblicklichen Landesentwicklungstendenzen. Verbandsvorsitzender Landrat Alfred Reisinger und weitere Sprecher wandten sich gegen Vorhaben, das neue Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 1. Juli 2005 nochmals zu „verschlanken“.

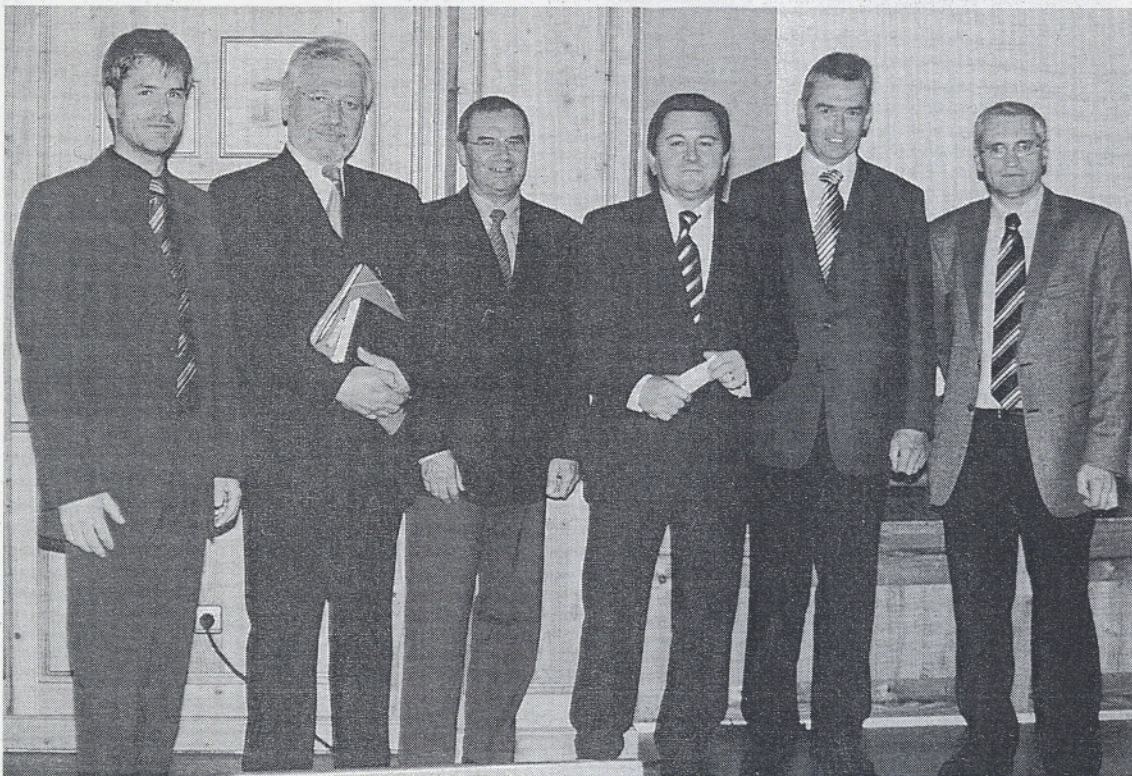
Offenbar würden nunmehr weitere für Donau-Wald wichtige Zielsetzungen zum Nachteil Niederbayerns geändert und somit der Spielraum für weiteres Wachstum in der Region eingeengt. Das gelte vor allem auch für die Verkehrsstruktur, wo einzelne Projekte offenbar gar nicht mehr zum Zuge kämen. Unter anderem betreffe das den vorgeschlagenen vierspürigen Ausbau der B20 in Richtung Osten. Straubings Oberbürgermeister mahnte an: „Wichtige Zielsetzungen finden überhaupt keine Beachtung mehr.“

Weitere Forderungen der Versammlung: Im Schienenverkehr muss die „Balkanroute“ Regensburg-Passau-Wien in ihrer Bedeutung verstärkt werden. Ebenso dürfe die Bahnlinie Straubing-Bogen nicht aufgegeben werden. Auch der Bahnverkehr von Straubing nach München müsse im Stundentakt gesichert werden.

Bei der Tagung wurde an die gesetzlich verankerte Zielsetzung erinnert: Gleichwertige Lebensbedingungen müssen für die Bürger in allen Landesteilen geschaffen bzw. erhalten werden. Das letzte Wort in dieser Frage habe schließlich der Landtag, der im Frühjahr 2006 darüber beraten werde. Verbandschef Reisinger mahnte die Mitglieder, sich nunmehr weiterhin in die Gestaltung der Entwürfe mit eigenen Stellungnahmen einzuschalten. Auch die Wirtschaftskammern seien gefragt.

Akzentverschiebung

Der Regionsbeauftragte der Regierung Niederbayern, Jürgen Schmauß, sieht in den neuerlichen Entwurfsänderungen eine Akzentverschiebung. Zwar wurde der Schaffung neuer Arbeitsplätze größere Bedeutung als bisher eingeräumt. Doch fände zum Beispiel die schulische Entwicklung der Region keine konkrete Beachtung mehr. Die Schaffung von Entwicklungsachsen solle in Donau-Wald nicht weiter verfolgt werden. Reisinger betonte in der Aussprache weiter, dass ohne die notwendige finanzielle



Nahmen an der RPV-Versammlung in Sossau teil (v.r.): Regierungsdirektor Alois Lerner, RPV-Geschäftsführer und stellvertretender Verbandsvorsitzender Bürgermeister Lampertsdorfer, RPV-Vorsitzender Landrat Alfred Reisinger, Ministerialrat und Leiter des Referats Raumordnung im bayerischen Wirtschaftsministerium Gerd Laven, Oberbürgermeister Reinhold Perlak und Jürgen Schmauß, Regionsbeauftragter der Regierung von Niederbayern.

Ausstattung der Kommunen alle Pläne nicht viel wert seien. Die Änderungen des neuen Landesplanungsgesetzes, das Anfang des Jahres in Kraft getreten ist, zeigte Ministerialrat Gerd Laven, Referatsleiter Raumordnung im bayerischen Wirtschaftsministerium, auf. Zuvor habe die Staatsregierung in ihrer Regierungserklärung konstatiert: „Die regionalen Planungsverbände werden in ihrer bisherigen Struktur abgeschafft.“ Damit seien Landes- und Regionalplanung in ihrer Gänze auf den Prüfstand gestellt worden. Das LEP werde nunmehr im Rahmen der laufenden Fortschreibung erheblich „verschlankt“. Das habe zur Folge, dass manche Fachkapitel deutlich gekürzt würden. So zum Beispiel bei der Forstwirtschaft unter Wegfall der Waldsaktionspläne als Ziele der Raumordnung.

Ganz weggefallen seien Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Umwelthygiene und Gentechnik. Andererseits würden essentielle Anliegen der Landesentwicklung beibehalten, unter anderem mit zentralen Orten als Kernpunkte der Verordnung von Bevölkerung und Wirtschaft, Trinkwas-

serschutz, Hochwasserschutz sowie Sicherung der Bodenschätze. Ministerialrat Laven unterstrich, dass im neuen LEP an Zielen der Priorisierung des ländlichen Raumes festgehalten werde, „wo noch erforderlich“, (insbesondere in strukturschwachen Räumen) und an der Erschließung der Räume mit erforderlichen Verkehrsprojekten, zum Beispiel durch Ausbau der Eisenbahnstrecke Nürnberg-Regensburg-Passau, der Verwirklichung der A 94 München-Simbach-Pocking. Auch am Ziel zur Schaffung von Einzelhandelsgroßprojekten werde unverändert festgehalten. Bestehen blieben die neu übertragenen Zuständigkeiten bzw. Aufgaben für die Ausweisung von Unterzentren und Siedlungsschwerpunkten sowie die Ausweisung von Vorranggebieten beim Hochwasserschutz.

Bis 30. November im Internet

Bis zum 30. November stehe der Entwurf zur Stellungnahme der Beteiligten, also auch der regionalen Planungsverbände im Internet. Anfang nächsten Jahres erfolge die erneute Behandlung der Entwürfe im

Ministerrat. Ministerialrat Laven: „Das Landesentwicklungsprogramm ist auf einem guten Weg. Wichtig ist, dass es auch weiterhin die kommunalverfasste Regionalplanung gibt.“

In einer gesonderten Sitzung des Planungsausschusses wurde unter anderem die Fortschreibung des Regionalplanes Donau-Wald mit Schwerpunkt Vorranggebiete Hochwasserschutz beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „In den Hochwasserschutz sind grundsätzlich nur Wohnsiedlungs-, Gewerbe- und Industriegebiete sowie wichtige Infrastruktureinrichtungen einzubeziehen. Neben notwendigen technischen Anlagen des Hochwasserschutzes wie Deiche, Mauern und Gewässerausbau sind auch Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes erforderlich.“

Zur Sicherung des Hochwasserabflusses werden unter anderem die Kinsachflächen mit Mitterfels, Ascha, Rattiszell, Stallwang und Steinach, die Bogenbach-Flächen mit Bogen und Hunderdorf somit die Aitrach-Flächen mit Straubing, Aiterhofen, Leiblfing und Salching erwähnt. E.d'A.